

Bezugspreis:

Monatlich 16,00 RM., monatlich 5,50 RM. ...

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die halbjährliche Komposition ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 31. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Schutz den Landarbeitern!

Für die Höchstmieten.

In unserer Nr. 51 gaben wir die Meinung des Herrn ...

Herr Magistratsassessor Brumby bezeichnet die Höchstmietenverordnung als ein „Dauergeschenk“ ...

Der Gedankengang, aus dem dieser Artikel stammt, darf nicht unbeachtet bleiben. Er ist derjenige eines großen Teiles der Vorstehenden der Berliner Einigungsämter ...

Der angebliche Vorteil des Mieters bei dem inzwischen vom Oberpräsidium angefochtenen Beschlusse des Wohnungsverbandes Groß-Berlin liegt darin, daß der Mieter immer nur 15 Proz. für Reparaturkosten zu zahlen hat ...

Ein Erlass Noskes.

Als Inhaber der vollziehenden Gewalt hat der Reichswehrminister Noske dem Militärbevollmächtigten für Pommern folgende Anweisung erteilt:

Die Massenlündigung von Landarbeitern in der Provinz Pommern wächst sich zu einer sehr ernstlichen wirtschaftlichen und politischen Gefahr aus.

Aber auch die Ruhe und Ordnung im Lande wird ernstlich gefährdet. Abziehende Arbeiterfamilien würden in die Stadt strömen müssen, wo die Wohnungsnot schon erschreckenden Umfang angenommen hat.

gez. Noske, Reichswehrminister.

Zur Landarbeiterfrage.

Vor Bekanntwerden des Erlasses des Reichswehrministers, den wir oben bekanntgeben, ging uns von unterrichteter Seite folgender Artikel zu:

Wenn der preussische Landwirtschaftsminister in seiner am 27. Januar d. J. in der Preussischen Landesversammlung gehaltenen Rede eindringlich hervorhob, daß die unbedingt erforderliche Steigerung der Produktion nur dann erfolgreich sein könnte, wenn auch die Landarbeiterfrage befriedigend gelöst und mit dem neuerdings (vornehmlich in Pommern) in die Erscheinung getretenen System der Kündigungen ganzer Familien auf großen Gütern gebrochen würde, so ist für diese Behauptung hinreichendes Material vorhanden.

In einer ganzen Reihe von Kreisen der Regierungsbezirke Stettin und Köslin ist Arbeiterfamilien und Einzelarbeitern gekündigt worden, die 10, 20, 30 und mehr Jahre auf einem und demselben Gute beschäftigt waren.

Dieses Vorgehen muß auf die Arbeiter umso erbitternder wirken, als noch zahlreiche Rufen in den landwirtschaftlichen Betrieben beschallt sind und weiter eingestellt werden. Es kann nicht genug darauf hingewiesen werden, daß hierdurch Gegensätze geschaffen werden, die bei einigem guten Willen seitens der beteiligten Arbeitgeber zum Nutzen der Allgemeinheit leicht vermieden werden können und müssen, denn nur so läßt sich die Steigerung der Produktion bewirken.

15 Proz. Reparaturgelder den persönlichen Bedürfnissen der Vermieter dienen würden, um, wenn dereinst die Möglichkeit der Reparaturen für die Hausbesitzer gegeben sein wird, nicht mehr vorhanden zu sein.

Wer die im Wohnungsverband Groß-Berlin herrschende Tendenz kennt, wird sich über seinen Beschluß, 35 Proz. Zuschlag zu erheben, nicht weiter wundern.

menten gewählt worden ist. In ihm sitzen allein an Architekten 22 Proz. aller Mitglieder; dazu kommen noch zahlreiche Persönlichkeiten, die dem Hausbesitz aus sonstigen Gründen nahe stehen oder überhaupt zu ihm gehören.

Die Berliner Mieterschaft hat die Höchstmietenverordnung vom 9. Dezember 1919 freudig begrüßt; sie sieht allerdings in der Anordnung nur den ersten Schritt zur Erfüllung ihrer Wünsche.

Die Kinder aufs Land!

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat in diesen Tagen in Gemeinschaft mit dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und dem Landwirtschaftsminister einen Rundbrief ergehen lassen, der sich mit der so ungedeutet wichtigen diesjährigen Aufnahme von Kindern der städtischen und Industriebevölkerung in ländlichen Familien befaßt.

Da der Landaufenthalt der Stadtkinder nach der übereinstimmenden Auffassung aller maßgebenden Stellen, insbesondere des Reichsgesundheitsamts, auch für die Zukunft als ein unerlässlich und in seiner Art unerlässliches Mittel zur Hebung der Volksgesundheit angesehen ist, muß in der Ausübung seiner Werte ungeachtet aller Hemmnisse um so mehr fortgeschritten werden, als in der allgemeinen Lage der Volksernährung eine nennenswerte Besserung leider noch immer nicht zu erhoffen ist.

Demzufolge haben die Minister der Bitte des Vereins „Landaufenthalt für Stadtkinder“ als der nunmehr schon seit 3 Jahren auf diesem wichtigen Gebiete der Volkswohlfahrt tätigen Reichszentrale entprochen und ihm auch für das neue Jahr die weitestgehende behördliche Förderung seiner Arbeit zugesagt.





